

IV. HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER AUTORITÄREN HERRSCHAFT IN KOREA (1945-1979)

1. Außen- und innenpolitische Determinanten der Teilung Koreas

Am 22. Dezember 1943 wurden von Roosevelt, Churchill und Chang Kai-Suk auf der Konferenz von Kairo die gemeinsamen Kriegsziele von Amerika, Großbritannien und China in Ostasien festgelegt. Der Beschlusstext der Kairoer Konferenz enthielt in Bezug auf Korea unter anderem die Formulierung: „...that in due course Korea shall become free and independent“.¹⁰⁵ Dieser spezielle Wortlaut „in due course“¹⁰⁶ implizierte eine Vereinbarung über die Einrichtung einer Treuhänderschaftsregierung der Siegermächte. Auf der Konferenz von Potsdam im Juli 1945 wurde einer internationalen Treuhänderschaft über Korea zugestimmt, zur Vorbereitung auf die spätere Unabhängigkeit, so wie sie in Kairo geplant worden war. Im Dezember 1945 trafen dann die Außenminister der drei Siegermächte USA, Großbritannien und Sowjetunion in Moskau zusammen, um die Nachkriegsprobleme in Südkorea zu besprechen. Dabei wurden die folgenden Vereinbarungen getroffen:

- die Nationsbildung Koreas auf der Basis freiheitlich-demokratischer Prinzipien,
- eine für maximal fünf Jahre angesetzte Treuhänderschaftsregierung Koreas durch die vier Siegermächte USA, Großbritannien, Sowjetunion und China bis zur Unabhängigkeit,
- die Bildung einer amerikanisch-sowjetischen Kommission zur Konstituierung einer provisorischen Regierung Südkoreas.

Die Vereinbarung über die Einrichtung der Treuhänderschaftsregierung wurde jedoch nicht realisiert. Dies war einerseits der zügigen Besetzung Koreas nördlich des 38. Breitengrades durch die Sowjetunion und andererseits der neuen außenpolitischen Linie des amerikanischen Präsidenten Truman geschuldet. Die neue amerikanische „containment-policy“ zielte auf eine Eindämmung der

¹⁰⁵ Fraenkel 1951: 43-45.

¹⁰⁶ Der Ausdruck „in due course“ lässt sich in etwa mit „zu gegebener Zeit“ übersetzen.

sowjetischen Expansionspolitik.¹⁰⁷ Diese Entscheidung trafen die Amerikaner angesichts der machtpolitischen Konstellation im Süden Koreas: Nach der Befreiung von der Kolonialherrschaft nahmen die Kommunisten hier eine dominante Stellung ein. Auch die sowjetische Seite war zunächst eher an der Erhaltung des Status quo, also der Besetzung des Nordens, interessiert als an einer territorialen Erweiterung in einer konflikthaften Auseinandersetzung mit den Amerikanern. Die beiden Supermächte suchten sodann, in ihren jeweiligen besetzten Gebieten bis zur Demarkationslinie am 38. Breitengrad der eigenen Vorstellung entsprechende Herrschaftsordnungen zu etablieren. In diesem Sinne ist die Beobachtung von Bruce Cumings zutreffend:

“In their essentials American and Soviet goals in Korea were remarkably similar: to bolster and support sets of leaders and a social order that would preserve a continuing orientation toward the metropolitan power. Within that range, the possibilities could include more or less independence and self-determination, depending on the Korean leadership and organization at hand and their relative strengths. Each power had distinct outer limits on its policies: the Soviets would not stimulate reaction, and the Americans would not stimulate revolution.”¹⁰⁸

Nach der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft herrschte in Korea ein politisches Vakuum. Es begann eine politische Neuformierung. Wichtige politische Gruppierungen waren die konservativen Nationalisten unter Kim Gu und Rhee Syng-Man, die Sozialisten unter Yeo Un-Hyong sowie schließlich die Kommunisten unter der Führung von Park Hun-Young. Die eigentlich gleichgesinnten konservativen Nationalisten spalteten sich aufgrund divergierender Einstellungen gegenüber der Treuhänderschaft: Während die Kräfte um Rhee Syng-Man entsprechend der US-amerikanischen Machtinteressen auf einer geteilten Treuhänder-Herrschaft bestanden, setzten die Nationalisten um Kim Gu die Priorität auf die Bildung eines einheitlichen Korea. Im Moskauer Abkommen wurde endgültig die fünfjährige Treuhänderschaftsregierung Koreas durch Amerika, Großbritannien, die Sowjetunion und China beschlossen. Die durch diesen Beschluss ins Leben gerufene „Gemeinsame Kommission“ für die Bildung einer provisorischen Regierung scheiterte jedoch kurz darauf an der Frage, welche

¹⁰⁷ Vgl. Gills 1996: 33.

¹⁰⁸ Cumings 1981: 437.

koreanischen politischen Kräfte bei der Regierungsbildung mitarbeiten sollten. Am 17.9.1947 beantragten die USA eine Übergabe der Koreafrage aus den Händen der vier Treuhänder an die Vereinten Nationen. Dies hätte allerdings einen Verstoß gegen die Moskauer Deklaration bedeutet, nach der die Vereinten Nationen nicht für Fragen zuständig sind, die den Ausgang des Zweiten Weltkrieges betreffen. Moskau schlug daraufhin den Abzug der Besatzungstruppen und freie Wahlen in Korea vor. Dies lehnten die USA ab. Im November 1947 brachte eine neue internationale UN-Kommission den Vorschlag ein, in ganz Korea Parlamentswahlen unter Aufsicht der UN vor einem Abzug der Streitkräfte abzuhalten. Diese Idee stieß auf den Widerstand der UdSSR, da die Anzahl der Vertreter dem jeweiligen Bevölkerungsanteil entsprechen sollte, in dem von den Amerikanern besetzten Gebiet aber mehr als doppelt so viele Menschen lebten wie in der sowjetischen Besatzungszone. Die UdSSR verwehrte der Kommission den Zutritt nach Nordkorea, weshalb am 10. August 1948 auf Beschluss der UN-Vollversammlung die ersten Parlamentswahlen nur im Süden Koreas stattfanden.¹⁰⁹ Vom ersten Parlament wurde Rhee zum ersten Präsidenten der Republik Südkorea gewählt. Kurz darauf wurde die erste Verfassung verabschiedet.

2. Die politischen Machtverhältnisse im Süden des Landes unter der US-amerikanischen Militärregierung (1945-1948)

Die Sowjetunion und die USA versuchten unmittelbar nach dem Kriegsende 1945 jeweils im Norden bzw. Süden des Landes in raschem Tempo eine ihren Vorstellungen entsprechende Militärregierung zu installieren. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion waren daran interessiert, sich die Vorherrschaft in Asien zu sichern und den gegnerischen Machtbereich einzudämmen. So konzentrierten die USA ihre wirtschaftlichen, militärischen und politischen Bestrebungen auf die Begrenzung des kommunistischen Einflusses und die Verteidigung der eigenen

¹⁰⁹ Da jedoch das Wahlgesetz alle Analphabeten ausschloss, die damals ungefähr die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, und diese Wahlen nur unter Beteiligung proamerikanischer Gruppierungen durchgeführt wurden, vom Ausschluss der im Norden des Landes befindlichen Koreaner ganz zu schweigen, kann von einem von der breiten Bevölkerung legitimierten Ergebnis keine Rede sein. Vgl. Opitz 1988: 9.

Stellung. Entsprechend dieser amerikanischen Interessen auf der koreanischen Halbinsel konnte der Antikommunismus in Südkorea ideologische Gestalt annehmen und erhebliche Bedeutung für die amerikanische Koreapolitik gewinnen.¹¹⁰

Währenddessen bildete der gemäßigte Linke Yeo Un-Hyong kurz nach der Befreiung Koreas von der japanischen Kolonialherrschaft einen „Ausschuss für Nationalen Aufbau“ (AfNA), der sich zu einem zentralen Regierungsapparat für ganz Korea erklärte. Unmittelbar nach der Befreiung formierten sich die ersten politischen Parteien: Die sozialistische „Vorbereitungskommission für die Gründung eines selbständigen Staates“, die konservative KDP (Koreanisch-Demokratische Partei) und die KP (Kommunistische Partei)¹¹¹. Am 6. September 1945 wurde von diesem Ausschuss in Zusammenarbeit mit dem Kommunisten Park Hun-Young in Seoul die Volksrepublik Korea ausgerufen.¹¹² Dem gegenüber standen die konservativen Nationalisten um Kim Gu, die die Provisorische Koreanische Regierung (PKR) im Exil¹¹³ für die einzig legitime Volksvertretung hielten. Die Bemühungen der koreanischen Politiker um eine Nationsbildung erwiesen sich jedoch als erfolglos, als die USA eine treuhänderische Militärregierung (USAMGIK: „United States Army Military Government in Korea“) für das südliche Korea proklamierten.

Die USAMGIK verbot nun nicht nur die Aktivitäten der linken Volksrepublik, sondern auch die der provisorischen Regierung. Sie sah sich somit als allein legitimierte Herrschaftsinstanz und verfolgte ihre Politik entsprechend der US-amerikanischen Interessen, die auf die Eindämmung des sowjetischen Einflussbereiches und die Etablierung einer US-treuen Politik im Süden Koreas

¹¹⁰ Vgl. Meade 1952: 52.

¹¹¹ Eine kommunistische Organisation wurde bereits unmittelbar nach der russischen Oktoberrevolution 1907 gegründet. Ihre Aktivitäten weiteten sich vom an Nordkorea angrenzenden Sibirien (Russland) aus, bis 1925 in Seoul eine kommunistische Partei zustande kam. Park Hun-Young als Mitbegründer der Partei führte die koreanische kommunistische Bewegung auch nach der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft. Vgl. Scalapino/Lee 1972: 3-65.

¹¹² Vgl. Park, K.-D. 1983: 101-102.

¹¹³ Die Provisorische Koreanische Regierung im Exil existierte von 1919 bis 1945 und stand von 1927 bis 1945 unter Führung des Nationalisten Kim Gu.

zielten. Vor dem Hintergrund dieser strategischen Interessen wurde die Volksrepublik von der USAMGIK als ideologisches Sammelbecken der Kommunisten angesehen, deren Aktivitäten eine zunehmende Bedrohung darstellten. Daher fiel die Unterstützung der USAMGIK dem proamerikanisch orientierten Nationalisten Rhee Syung-Man zu, dem ersten Präsident der Republik Korea, der seinerseits die militärische Unterstützung der USAMGIK benötigte, um seine politische Macht zu sichern. So konnte Rhee mit der Rückendeckung der amerikanischen Unterstützung die Macht ergreifen, musste dafür jedoch der ideologischen Linie der USA treu bleiben.

3. Die Landreform von 1949

Die USAMGIK regierte als Besatzungsmacht von 1945 bis 1948. Ihre wesentliche Aufgabe bestand im Aufbau eines antikommunistischen kapitalistischen Staates in Südkorea. Südkorea sollte angesichts der ökonomischen und politisch-militärischen Systemkonkurrenz zwischen Kommunismus und Kapitalismus, insbesondere gegenüber dem von der Sowjetunion stark beeinflussten Nordkorea, als ein unmittelbarer militärischer und ideologischer Stützpunkt im Rahmen der US-Strategie im ostasiatischen Raum fungieren. Zur Durchsetzung dieses vorrangigen Ziels beschloss die US-Militärregierung eine Landreform, die als Grundlage zur Bildung einer einheitlichen und souveränen Nation sowie zur Durchführung von sozialen und ökonomischen Reformen dienen sollte. Die Militärregierung bezweckte durch die Landreform eine Stabilisierung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage und wollte möglichen sozialen Unruhen vorbeugen, indem sie die Landarbeiter von feudalistischen Pachtverhältnissen befreite.

Beeinflusst durch die US-amerikanische Absicht und die im Norden des Landes erfolgreich durchgeführte Landreform¹¹⁴ setzte der erste Staatspräsident Rhee Syng-Man 1949 ein Landreformgesetz durch. Demzufolge sollte Land zum Preis von 150 % des jährlichen Ertrages an die Kleinbauern verkauft werden. Die maximale

¹¹⁴ Die „reibungslos“ durchgeführte Landreform im Norden des Landes im Jahre 1946 erhielt, ihr propagandistisches Ziel erfüllend, große Zustimmung von Seiten der Linken und der Landarbeiter im Süden Koreas. Vgl. Lee, H.-W. 1975: 189-190.

Flächengröße für individuellen Besitz beschränkte sich auf drei „chungbo“¹¹⁵. Diese Grenze übersteigender Besitz wurde gegen Entschädigung der ehemaligen Besitzer an die Kleinbauern verkauft. Der Kaufpreis konnte dabei über zehn Jahre gestreckt bezahlt werden. Infolge der Landreform sank der Anteil der Pächter an den gesamten landwirtschaftlichen Haushalten von 70 % (1945) auf 14 % (1965).¹¹⁶ Die meisten betroffenen Grundstücke wurden entweder durch die Landreform oder durch Privatverkäufe verteilt. Daraus resultierten unabhängige kleine Bauernhöfe, von denen mehr als 70 % weniger als zwei Hektar besaßen. Der Großgrundbesitz war zerstört, und viele Kleinbauern, die von dem feudalistischen Joch befreit waren, wanderten in die Städte ab, wo sie für die kapitalistische Produktion des Industriesektors als billige Arbeitskräfte verkamen.

Da der Agrarsektor keine lukrative Anlagemöglichkeit mehr bot, und die bisherigen Pachtverhältnisse zusammenbrachen, verschob sich das ökonomische und das damit verbundene politische Gleichgewicht von den traditionellen Großgrundbesitzern auf den aufstrebenden industriellen Mittelstand. Diese neugebildete Klasse unterstützte in der Folge die Stellung des Staates im Entwicklungsprozess und förderte die staatliche Durchsetzung der Industrialisierung. Dem Staat kamen zusätzlich die Einnahmen aus der direkten staatlichen Besteuerung der landwirtschaftlichen Haushalte zu Gute. Somit stärkte die Landreform die staatliche Finanzkraft bzw. Steuerungskapazität einerseits und trug andererseits zur Schwächung der konservativen und dem diktatorischen Präsidenten Rhee gegenüberstehenden Großgrundbesitzer bei, deren ökonomische Machtbasis unterminiert wurde.¹¹⁷

¹¹⁵ 1 „chungbo“ entspricht 1 ha (2,45 acre).

¹¹⁶ Vgl. Ban, S.-H. (Hrsg.) 1980: 295.

¹¹⁷ Die Landreform brachte eine Machterosion für die projapanisch orientierten Großgrundbesitzer, die als Abgeordnete der KDP im Parlament die Mehrheit bildeten. Vgl. Kim, Q.-Y. 1983: 13-14.

4. Die Erste Republik (1948-1960) und Rhee's diktatorische Herrschaft

4.1. Die Gründungsverfassung der Ersten Republik und die Verfassungswirklichkeit

Am 12. Juli 1948 verabschiedete das aus der Gründungswahl hervorgegangene Parlament die erste Verfassung Südkoreas. Die Verfassung der Ersten Republik orientierte sich an der Gründungsverfassung der Weimarer Republik in Bezug auf „popular sovereignty, representative government, separation of government powers, decentralized administration and protection of basic human rights“¹¹⁸. Allerdings wurden innerhalb dieser Verfassungskonstruktion dem Präsidenten noch weitaus größere Machtbefugnisse zugewiesen, als dies in der Weimarer Verfassung ohnehin der Fall gewesen war.¹¹⁹ Dies ist ein eindeutiger Hinweis darauf, dass es nicht um die Errichtung eines demokratischen Staatswesens ging.

„In essence, it was a strong presidential system, the chief compromise being the president's election by the assembly. There were discomfiting signs that rights, freedoms, checks and balances and separation of powers were not, even in a formal sense, unequivocally guaranteed. Most civil rights were made subject to the specifications of law to be enacted. The independence of the judiciary was qualified by making constitutional review subject to a constitutional committee in which the executive and members of the legislature took part and on which justices constituted a minority; it was never established, and no laws were ever declared unconstitutional. Judges' appointments were limited to ten years, thus making their renewals subject to the executive. The Prime Minister's appointment and that of the Chief Justice were the only ones requiring assembly approval, and removals of the Prime Minister and all ministers were subject to the President's will alone. No provision was made for the dissolution of the Assembly in case of disagreement with the executive. The Assembly simply had the power not to pass the State Council's program; it did, also, explicitly have the right to pass legislation over Presidential veto [...] In granting to the people rights that it then subjected to restraints enacted by law, it only nominally guaranteed them; separation of powers was, in fact if not in principle, rejected. The rule of law in its true meaning did not exist.“¹²⁰

¹¹⁸ Vgl. Ahn, C.-S. 1988: 169.

¹¹⁹ Die besondere Machtstellung des Präsidenten in der Weimarer Republik hatte nicht unwesentlich zu deren Untergang durch die Machtübernahme der Faschisten beigetragen; ein Umstand, der zur damaligen Zeit zum Beispiel in der deutschen Verfassungsdiskussion eine erhebliche Rolle spielte.

¹²⁰ Henderson 1968: 158-159.

Die Verfassung der Ersten Republik war inhaltlich sowohl vom Präsidialismus als auch vom parlamentarischen Kabinettsystem geprägt.¹²¹ In ihrer Struktur fanden sich Elemente aus beiden Systemen. Dies wird vor allem an der Zustimmungspflichtigkeit für die Ernennung des Ministerpräsidenten durch das Parlament und an der Einrichtung des Kabinetts ersichtlich. So bedarf jede Aktivität des Staatspräsidenten in staatlichen Angelegenheiten der Gegenzeichnung des Premierministers und des einschlägigen Mitglieds im Staatsrat (Art. 66). Zudem wurden folgende parlamentarische Bestimmungen in der Verfassung festgelegt: Die Beschränkung der Amtsdauer des Staatspräsidenten auf vier Jahre (Art. 55), die Aussagepflicht des Premierministers und der Kabinettsmitglieder gegenüber dem Parlament (Art. 44), die Ernennung des Premierministers mit Zustimmung des Parlaments (Art. 69) und das Initiativrecht der Regierung für Gesetzesvorlagen (Art. 39). Weiterhin sah die Verfassung folgende Bestimmungen vor: Wahl des Staatspräsidenten durch das Parlament mit einmaliger Wiederwahlmöglichkeit (Art. 53 und Art. 55), keine politische Verantwortung des Präsidenten gegenüber dem Parlament (Art. 51), ein Vetorecht des Präsidenten gegenüber den Gesetzen, die das Parlament verabschiedet (Art. 40), die gesetzgebende Gewalt des Parlaments mit einer einzigen Kammer (Art. 31), Ernennung des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs vom Präsidenten mit Zustimmung des Parlaments (Art. 76, Abs. 2 und Art. 78).

Die Verfassung der Ersten Republik wies also ein präsidiales Regierungssystem auf, das durch einige parlamentarische Elemente modifiziert war. Die dominante Stellung des Parlaments gegenüber der Regierung und die Gewaltenteilung mit „checks und balances“ sollten die demokratischen Grundrechte garantieren. Rhee und seine Anhänger erzwangen jedoch durch zweimalige Verfassungsrevisionen (1952 und 1954) eine Machtkonzentration, die letztlich zu einer Präsidialdiktatur führte: Der Premierminister, der ursprünglich als wesentlicher Faktor der Gewaltenteilung fungierte, konnte jederzeit ohne parlamentarische Zustimmung vom Präsidenten seines Amtes enthoben werden. Die Machterweiterung des Präsidenten wurde in erheblichem Maße durch die Regierungspartei LP (Liberale

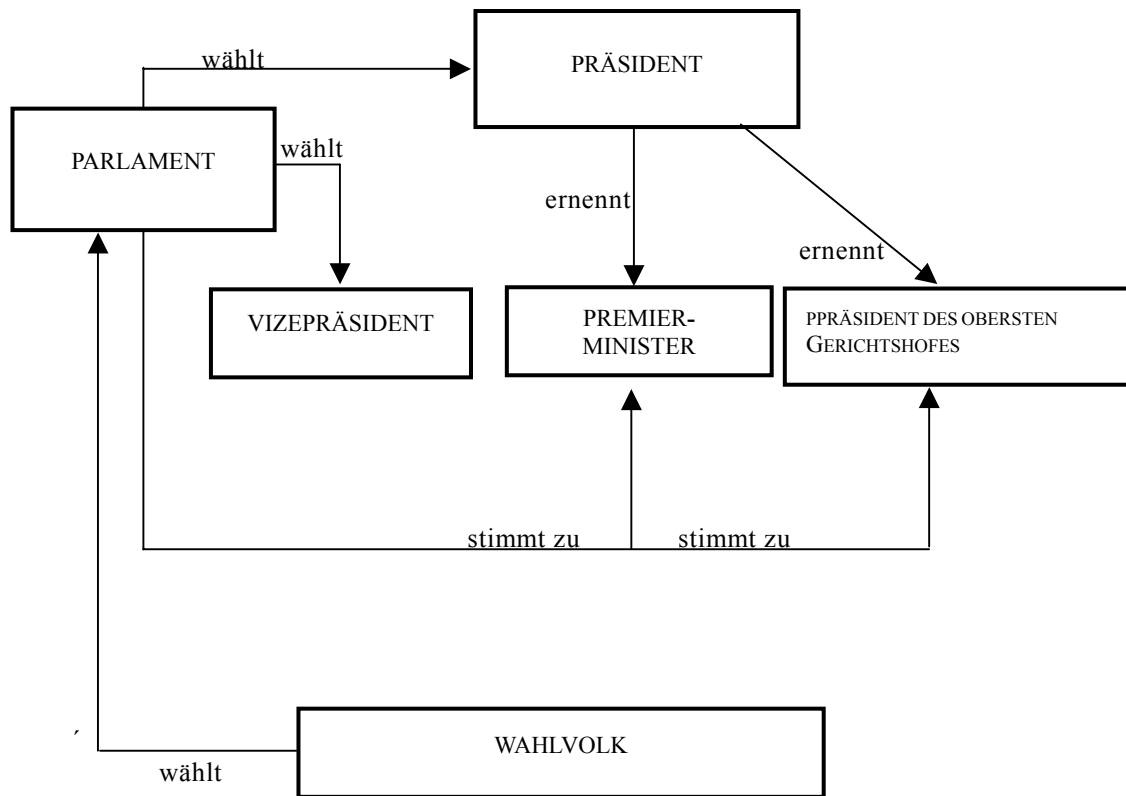
¹²¹ Siehe Verfassung der Ersten Republik, in: www.ccourt.go.kr/library/docu_material.asp.

Partei) unterstützt.¹²² So waren die ursprünglich demokratisch konzipierten Verfassungselemente der Ersten Republik in Wirklichkeit nichts anderes als eine Maske, die der Diktatur den Anschein einer demokratischen Verfassung geben sollte.¹²³

¹²² Henderson 1968: 168.

¹²³ Daher kann die Verfassung der Ersten Republik dem Typ der semantischen Verfassung zugeordnet werden, wie sie von Karl Löwenstein in seiner Verfassungslehre neben der normativen und nominalistischen Verfassung klassifiziert wurde. Demnach wird eine Verfassung semantisch genannt, wenn deren Anwendung lediglich die bestehende Machtverteilung begünstigt. Hingegen stimmt der nominalistische Verfassungstyp trotz seines formalen Bestehens nicht mit der tatsächlichen Machtstruktur und -verteilung überein. Die normative Verfassung wird schließlich den nominalen Bestimmungen gemäß von allen Beteiligten befolgt. Vgl. Löwenstein 1969: 152-154.

Abb. 2: Das politische System gemäß der originären Verfassung der Ersten Republik



Quelle: eigene Zusammenstellung

4.2. Der Koreakrieg (1950 – 1953) und die Vertiefung des Antikommunismus

Im historischen Rückblick stellt der Koreakrieg (1950-1953) einen politischen Wendepunkt dar. Die Ursachen des Krieges können dabei nicht allein aus der koreanischen Situation selbst erklärt werden, sondern bedürfen vielmehr einer Analyse vor dem weltpolitischen Hintergrund. Angesichts der als bedrohlich empfundenen sowjetischen Expansion in Europa und der Gründung der Volksrepublik China¹²⁴ gingen die USA zu einer Politik der Eindämmung des kommunistischen Expansionsstrebens über.

Am Höhepunkt des Kalten Krieges stand der Ausbruch des Bürgerkriegs in Korea. Am 25. Juni 1950 überschritten nordkoreanische Truppen die Demarkationslinie am 38. Breitengrad, um den Südtel des Landes militärisch zu besetzen. Dies war der Beginn des Koreakrieges. Unerwartet sah sich der Süden mit diesem Überraschungsangriff konfrontiert, der durch die Sowjetunion unterstützt wurde. Die Nordkoreaner stießen auf nur geringen Widerstand der kleinen und schlecht ausgerüsteten südkoreanischen Armee und der wenigen noch im Lande verbliebenen amerikanischen Soldaten. Innerhalb von zwei Monaten besetzten die Nordkoreaner fast ganz Südkorea. Die südkoreanische Verwaltung und ihre amerikanischen Berater verließen fluchtartig die Hauptstadt Seoul. Der UN-Sicherheitsrat befasste sich umgehend mit der Situation in Korea und verabschiedete den Beschluss, Südkorea mit Hilfe von UN-Streitkräften zu unterstützen.¹²⁵ Im August 1950 gelang es schließlich den größtenteils amerikanischen UN-Truppen, die nordkoreanische Invasion am „Nakdong“-Fluss zum Stehen zu bringen. Anschließend begann eine Gegenoffensive der UN-Truppen, in deren Verlauf bald ganz Südkorea zurückerobert und der 38. Breitengrad nach Norden hin überschritten wurde. Am 20. Oktober 1950 eroberten die UN-Truppen die Hauptstadt Nordkoreas Pjöngjang. Als sie jedoch an die nordkoreanisch-chinesische Grenze vorrückten, griffen die

¹²⁴ Die kommunistische Volksrepublik China unter Mao Tse Tung wurde am 1. Oktober 1949 ausgerufen.

¹²⁵ Aus Protest gegen die Nichtanerkennung der Volksrepublik China durch die UN und die Vertretung Chinas im Sicherheitsrat der UN durch einen Abgeordneten aus Taiwan, nahm die Sowjetunion an dieser Sitzung des Sicherheitsrates nicht teil, und ihre Abwesenheit wurde nicht als Veto interpretiert und somit der Beschluss angenommen. Vgl. The 50th Anniversary of the Korean War, in: www.mind.go.kr:8778/625/intro.html.

Chinesen mit ca. 130.000 Soldaten auf der Seite Nordkoreas in die Kämpfe ein.¹²⁶ Angesichts der chinesischen Truppenstärke traten die UN-Einheiten den Rückzug an. Ende 1950 mussten diese ganz Nordkorea wieder zurückgeben. Aber auch China setzte seinen Angriff weiter über die Demarkationslinie fort. Am 4. Januar 1951 fiel Seoul erneut. Erst nach massiven Gegenschlägen eroberten die Alliierten die südkoreanische Hauptstadt wieder zurück, und von da an stabilisierte sich die Front an der alten Demarkationslinie am 38. Breitengrad. Der Waffenstillstand kam bereits am 23. Juni 1951 ins Gespräch, jedoch erst nach sich über zwei Jahre hinziehenden, äußerst schwierigen Verhandlungen am 27. Juli 1953 tatsächlich zustande.¹²⁷ Damit wurde der 38. Breitengrad als neue Staatsgrenze zwischen den beiden Landesteilen festgelegt.

Der Krieg forderte nicht nur eine enorme Zahl an Opfern, sondern brachte eine Reihe weiterer erschütternder Auswirkungen mit sich und warf einen Schatten auf die Zukunft der jungen Republik Südkorea. Der Bürgerkrieg hatte die schwache Infrastruktur vollständig zerstört und zu einer weitgehenden Verwüstung beider Teilstaaten geführt. Die Zahl der Kriegsoffer unter der Zivilbevölkerung wird auf fast eine Million geschätzt, was etwa 5 % der Gesamtbevölkerung des Jahres 1950 entspricht. Die Verluste der UN-Streitkräfte beliefen sich auf 420.000 Soldaten, drei Viertel davon waren südkoreanische Militärangehörige. Auch volkswirtschaftlich gesehen verursachte der Krieg verheerende Schäden. Der Gesamtschaden an nicht-militärischen Einrichtungen betrug schätzungsweise 41,2 Mrd. Won zu laufenden Preisen des Jahres 1953. Das entspricht 86 % des Bruttosozialprodukts des Jahres 1953 oder dem Zwölffachen der Bruttoinlandsinvestitionen des Jahres. Man kann also von einer fast völligen Zerstörung der Wirtschaft sprechen.

Das Kriegserlebnis nimmt als Geburtsstunde der rechtskonservativen Diktatur in Südkorea eine zentrale Stellung ein. Der Krieg führte zu einer Zementierung der Teilung Koreas und gab Anlass zur Ausbildung einer Ideologie des Antikommunismus in Südkorea. Durch die tragische Erfahrung des Krieges hatte sich in Südkorea ein nationaler Konsens über den Antikommunismus gebildet.

¹²⁶ Vgl. Tennant 1996: 269.

¹²⁷ Siehe The 50th Anniversary of the Korean War, in: www.mind.go.kr:8778/625/intro.html.

„Internally, after Communist invasion of the South, anti-Communism became the basis of the ideological legitimization of the ROK government. North Korea’s provocation of the hostilities and the atrocities committed during the war deepened anti-Communist sentiment among the South Koreans.“¹²⁸

Alle Formen der Kommunikation zwischen dem Norden und dem Süden wurden nun ausnahmslos unterbunden. Im nationalen Bewusstsein der Südkoreaner wurden der Antikommunismus und die Vorrangigkeit der militärischen Sicherheit durch das Kriegserlebnis fest verankert. Die antikommunistische Ideologie im Süden wurde zum entscheidenden ideologischen Bindemittel und diente von nun an als ein wesentliches Element der Legitimation autoritärer Herrschaft. Sie wurde zudem zur Begründung, fast jede Form innenpolitischer Kritik gegebenenfalls auch mittels repressiver Maßnahmen zu verhindern bzw. zu unterdrücken. Das Rhee-Regime nutzte den Antikommunismus für seine politischen Zwecke, d.h. zur Absicherung der Legitimität der staatlichen Politik einerseits und zur Unterdrückung der politischen Gegner andererseits. Jede Kritik am Regime wurde als Gefährdung der Nation gesehen und geriet somit automatisch in den Verdacht, Teil einer kommunistischen Verschwörung zu sein, die dem feindlichen Nordkorea diene.

Darüber hinaus trug der Krieg erheblich zur Aufwertung der Rolle des Militärapparates bei, der später zu einer der Hauptkräfte in der südkoreanischen Politik werden sollte.¹²⁹ Das Rhee-Regime konzentrierte nun seine Ressourcen auf die Verstärkung und Modernisierung des Militärs: Die Zahl der Soldaten wuchs in drei Jahren um das Sechsfache, von weniger als 100.000 auf 600.000 Mann. Südkorea hat damit die höchste Pro-Kopf-Anzahl an Soldaten unter den kapitalistischen Ländern.¹³⁰

¹²⁸ Hong, Y.-P. 2000: 38.

¹²⁹ Vgl. Ebd.: 155.

¹³⁰ Vgl. Palais 1973: 324. Die Konzentration auf die Verstärkung des Militärs ist auch aus der Höhe der staatlichen Ausgaben für Verteidigung ersichtlich:

Tab. 3: Zusammensetzung der staatlichen Ausgaben (in Prozent)

Jahr	Zivil	Verteidigung	Andere	Total
1953	29,3	62,0	8,7	100
1954	32,7	59,6	7,7	100
1955	37,6	48,7	13,7	100
1956	44,0	42,7	13,3	100
1957	40,3	46,8	12,9	100
1958	46,7	45,8	7,5	100

4.3. Politische Entwicklung zwischen 1950 und 1958: Präsidiale Machtkonzentration des Rhee-Regimes und seine Legitimitätserosion

An der zweiten Parlamentswahl, die unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges am 30. Mai 1950 stattfand, beteiligten sich neben den gemäßigten Nationalisten auch alle politischen Parteien und Vereinigungen, die an der Gründungswahl 1948 nicht teilgenommen hatten, abgesehen von den Kommunisten. Bei der Wahl erlitten die Anhänger Rhees eine schwere Niederlage, während die oppositionellen Kräfte um die DNP („Demokratische Nationale Partei“) die Oberhand im Parlament gewannen: Die Parteien auf Seiten Rhees erhielten 57 Sitze, die DNP 26 Sitze und die Parteilosen 127 Sitze im Parlament.¹³¹ Da das Wahlergebnis die Möglichkeit einer Wiederwahl Rhees durch das Parlament zunichte machte, versuchte Rhee, die direkte Wahl des Präsidenten durch das Volk einzuführen.¹³² Der Antrag auf Verfassungsänderung stieß jedoch auf den vehementen Widerstand der oppositionellen Kräfte im Parlament. Daraufhin verhängte Rhee einen Ausnahmezustand über das Land und ließ oppositionelle Abgeordnete wegen angeblicher Verbindung mit dem internationalen Kommunismus verhaften.¹³³ Nach diesen Verhaftungen konnte die Parlamentsabstimmung über die Verfassungsänderung stattfinden: Ein Teil der oppositionellen Abgeordneten wurde mit polizeilicher Gewalt ins Parlament gebracht, und die verhafteten Parlamentsmitglieder wurden zur Teilnahme an der Abstimmung gezwungen. Es war deswegen nicht verwunderlich, dass die Verfassungsänderung am 4. Juli 1952 mit 163 gegen null Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen wurde.

Als charakteristisch für die neue Verfassung sind folgende Punkte zu nennen:

- Die direkte Wahl des Präsidenten durch das Volk (Art. 53).
- Das Zweikammersystem (Art. 31, Abs. 2).

Quelle: Hong, Y.-P. 2000: 110.

¹³¹ Vgl. Moon, C.-J. 1970: 277.

¹³² Rhee sah die größte Chance, wiedergewählt zu werden, in einer direkten Präsidentschaftswahl, weil er auf den Respekt des Volkes vor seiner Autorität und den sicheren Erfolg seiner Wahltaktiken mit Hilfe seiner Partei, der LP („Liberale Partei“), vertraute.

¹³³ Als rechtliche Grundlage der Verhaftungen diente das am 01. Dez. 1948 verabschiedete „Nationale Sicherheitsgesetz“. Siehe Anhang 2: National Security Law.

- Die Möglichkeit eines Misstrauensvotums gegen das Kabinett (Art. 70).

Die Verfassungsänderung war durch ihren Kompromisscharakter gekennzeichnet. Sie enthielt, nach den Wünschen der Opposition, nicht nur die Elemente des Präsidialsystems, sondern auch die parlamentarischen Faktoren. Durch die Verfassungsänderung blieb die Macht Rhees vorerst erhalten, und seine Wiederwahl durch das Volk wurde ermöglicht. Am 5. August 1952 wurde Rhee vom Volk mit etwa 75% der Stimmen für eine zweite Amtsperiode gewählt.

Die dritte Parlamentswahl am 20. Mai 1954 änderte die politische Machtstruktur endgültig zu Gunsten der Regierung Rhees: Die regierende Liberale Partei (LP) gewann mit 114 Sitzen mehr als die Hälfte der insgesamt 203 Sitze.¹³⁴ Mit dieser Mehrheit versuchte die LP die autoritäre Herrschaft Rhees endgültig zu zementieren, indem sie erneut eine Verfassungsänderung durchsetzte: Diese ermöglichte zum einen die mehr als zweimalige Wiederwahl des Präsidenten und schaffte auf der anderen Seite das demokratische Machtinstrument des parlamentarischen Misstrauensvotums ab, mit dem zuvor dem Parlament die Möglichkeit gegeben war, einen Präsidenten zum Rücktritt zu zwingen.¹³⁵ In Reaktion auf die unternommene Verfassungsänderung verweigerten die oppositionellen Gruppen die weitere Teilnahme an den Sitzungen des Parlaments und schlossen sich zu einer neuen „Demokratischen Partei“ (DP) zusammen. Die DP kann als Keimzelle fast aller späteren Oppositionsparteien angesehen werden. Sie setzte sich dafür ein, das parlamentarische Regierungssystem wieder herzustellen. Daneben wurde die „Progressive Partei“ (PP) gegründet, die das autoritäre Regime Rhees in noch schärferer Form ablehnte und für die Wiederherstellung der demokratischen

¹³⁴ Vgl. Kindermann 1994: 88.

¹³⁵ Der wesentliche Inhalt des Verfassungsentwurfes war Folgender: Nur der erste Staatspräsident kann mehr als zweimal gewählt werden. In wichtigen Staatsangelegenheiten, die sich auf das Staatsgebiet und die Souveränität beziehen, kann eine Volksabstimmung stattfinden. Das Parlament verfügt nicht mehr über die Möglichkeit, das Misstrauensvotum gegenüber dem gesamten Kabinett auszusprechen, sondern nur noch gegenüber einzelnen Kabinettsmitgliedern. Bei der Abstimmung am 27. November 1954 verfehlte die Vorlage mit 135 Ja-Stimmen die notwendige Zweidrittelmehrheit um eine Stimme. So gab das Parlament die Ablehnung der Verfassungsänderung bekannt. Zwei Tage darauf wurde die Ablehnung widerrufen und die Zustimmung zur Verfassungsänderung verkündet. Die Regierung argumentierte, dass die Zweidrittelmehrheit aus 203 Abgeordneten mathematisch 135,33 betrage. Da man einen Menschen aber nicht in Bruchteile zerlegen könne, genügten für die Zustimmung 135 ganze Stimmen. Vgl. Hong, Y.-P. 2000: 83-84.

Grundsätze eintrat. Wie nicht anders zu erwarten, reagierte das Rhee-Regime mit Verboten und massiven Repressionen auf die stärker werdende politische Konkurrenz.

Die Parlamentswahlen vom 02. Mai 1958 endeten mit dem Sieg der LP. Sie errang 126 von insgesamt 233 Sitzen. Doch zum ersten Mal gab es nun auch eine starke Oppositionspartei. Die DP gewann 79 Mandate und besaß damit eine Sperrminorität gegen weitere Verfassungsänderungen.¹³⁶ Auffällig bei den Wahlergebnissen war die Vormachtstellung der DP in Großstädten: Die DP zeigte der LP gegenüber überwältigende Stärke meistens in Großstädten. In Seoul nahm die DP sogar 15 von 16 Sitzen ein. Umgekehrt hieß dies, dass die LP ihre abnehmende Legitimität gerade im ländlichen Bereich aufrecht erhielten.

Um dem Heranwachsen der Opposition entgegenzuwirken und sie effektiv zu kontrollieren, setzte die LP in Abwesenheit der protestierenden Opposition am 24. Dezember 1958 eine dritte Revision des „Nationalen Sicherheitsgesetzes“ durch.¹³⁷ Auf Basis dieses Gesetzes wurden sämtliche Massenkundgebungen gegen die Regierung verboten. Jegliche politische Kritik gegenüber dem Präsidenten wurde unter dem Vorwand der Staatssicherheit kontrolliert und gegebenenfalls unterbunden. Parallel dazu verstärkte die Regierung die Manipulationspolitik und die Zensur der Presse. Auf diese Maßnahmen reagierte die Bevölkerung mit großer Empörung. Der plötzliche ungeklärte Tod des oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Cho Bong-Am verlieh der Situation zusätzliche Brisanz und schürte den landesweiten Protest gegen die Wahlmanipulation bei der Präsidentschaftswahl am 15. März 1960. Durch die von Studenten initiierte, revolutionsartige Demonstration musste Rhee seinen Rücktritt aus dem Präsidentenamt ankündigen.

Die Neuwahlen fanden am 29. Juli 1960 ohne größere Zwischenfälle statt. Die DP belegte mit einem Stimmenanteil von 41,7 % 175 der 233 Sitze. Die LP schrumpfte auf unter 3 % zusammen und löste sich bald danach auf. Dafür verdoppelte sich der

¹³⁶ Vgl. Seoul-Tageszeitung vom 07. Mai 1950, S. 1. Zitiert nach Koh, K.-I. 1963: 120.

¹³⁷ Das „Nationale Sicherheitsgesetz“ unterlief seit seiner Verabschiedung am 01. Dez. 1948 bis zur 6. Republik (1987- 1991) sechs Revisionen.

Anteil parteiloser Abgeordneter im Vergleich zu den letzten Wahlen auf 46,8 % der Stimmen und 49 Sitze. Yun Bo-Sun, der Kandidat der DP, wurde am 12. August 1960 mit 208 der 259 abgegebenen Stimmen durch das neue Parlament zum Präsidenten gewählt.¹³⁸ Dem neuen Präsident wurde im parlamentarischen Regierungssystem nun eher eine repräsentative Rolle zugewiesen. Trotz des überraschenden Wahlsiegs spaltete sich die DP; sie zerfiel im anschließenden internen Machtkampf wieder in die zwei traditionellen Fraktionen – den Alten und den Neuen Flügel. Der Premier Chang - Neuer Flügel - hatte daher von Anfang an nicht den erforderlichen Rückhalt, um die Regierungsarbeit effektiv durchzuführen. Dies führte unausweichlich dazu, dass sein Kabinett nicht länger als ein Jahr Bestand hatte.

5. Die Zweite Republik (September 1960 – Mai 1961)

5.1. Die Aprilrevolution 1960

Die immer weiter fortschreitende Aushöhlung der verbleibenden demokratischen Rechte durch das Rhee-Regime und die regierende LP hatten jeglichen politischen Konsens unmöglich gemacht. Die politischen Gegensätze zwischen Regime und Opposition erreichten ihren blutigen Höhepunkt unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen vom 15. März 1960.

„They faced in the elections of 1960 relatively strong and well-backed opposition Democratic party candidates. Though Cho Byong-Ok died a month before the election, his running mate, Chang Myun, stood a still better chance than in 1956. Worried Liberal party, largely led by Chang Kyong-Gun, in a resort to exceptional loyalty directed a campaign replete with highly secret plans for group voting, ballot stuffing and invalidations or removal of opposition ballots. Rumors and reports of such plans had for weeks filled the press, creating much tension. The worst fears were realized in the techniques of election day, March 15, 1960, and their results. Rhee received 88,7 percent of the votes, and, more implausibly still, Yi, Ki-Bung defeated Chang Myun 8.225.000 to 1,850,000.“¹³⁹

Der unter nicht geklärten Umständen verstorbene Oppositionskandidat und die systematische Wahlmanipulation durch das Rhee-Regime lösten zunächst Demonstrationen der Studenten in den großen Städten aus. Als der Wahlsieg Rhees

¹³⁸ Vgl. Kindermann 1994: 93.

¹³⁹ Henderson 1968: 174.

dann bekannt gegeben wurde, marschierten Demonstranten zum Regierungssitz Rhee und forderten den Rücktritt des undemokratisch gewählten Präsidenten. Als dort über hundert Demonstranten von Ordnungskräften erschossen wurden, nahm der Protest im Land Dimensionen an, die die Regierung dazu veranlassten, das Kriegsrecht über das Land zu verhängen. Trotz der massiven Versuche der Regierung, die Kontrolle über die Situation zu behalten, wurden die Forderungen nach dem Rücktritt Rhee noch lauter. Studenten und Professoren fast aller Hochschulen der Hauptstadt bildeten trotz Verbots einen Demonstrationzug.

„On 18 April a rally led by students from Koryo University was attacked by police and thugs of the anti-communist league. The next day they were joined by other colleges and by the public in a march on the presidential mansion. This was met by gunfire, casualties, and censure from America. The army was called in, but the demonstrations continued, and on 25 April the students were joined by their professors, the army refused to fire on them [...]”¹⁴⁰

Unter diesem massiven Druck der Demonstranten gab Rhee am 26. April 1960 seinen Rücktritt bekannt und ging ins amerikanische Exil. Mit dem Rücktritt Rhee endete die Erste Republik, und der Weg für eine politische Neuordnung in Südkorea schien frei.

Der Studentenaufstand gegen das autoritäre Regime von Rhee ging als „April-Revolution“ in die Geschichte Südkoreas ein. Es war eine hauptsächlich von Studenten geführte Volksbewegung mit dem Ziel, eine unerträglich gewordene Regierung zu stürzen. Im Bewusstsein, für das Gemeinwohl zu handeln, hatten sich die Studenten von Südkorea erstmals als eine neue politische Kraft erwiesen.

5.2. Die parlamentarische Verfassung und das Scheitern des demokratischen Versuches

Ein parlamentarischer Ausschuss wurde nach dem Rücktritt Rhee mit der Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung beauftragt. Dieser Ausschuss legte am 11. Mai 1960 einen Verfassungsentwurf vor, der an das Vorbild des Bonner

¹⁴⁰ Tennant 1996: 276.

Grundgesetzes angelehnt war,¹⁴¹ und als dessen wesentliches Element statt des Präsidialsystems ein parlamentarisches Regierungssystem festgelegt wurde.

Der Verfassungsentwurf wurde am 15. Mai 1960 mit 203 gegen 3 Stimmen verabschiedet und noch am selben Tag verkündet. Nach der neuen Verfassung sollte der Präsident nur noch repräsentative Funktionen haben und über keine Exekutivgewalt mehr verfügen. Demgegenüber wurde dem Parlament das Recht eines Misstrauensvotums eingeräumt, und die Möglichkeit der Regierung, das Parlament aufzulösen, wurde stark beschränkt.¹⁴² Die Rechte der Parteien als Institutionen der politischen Willensartikulation wurden verfassungsrechtlich festgeschrieben. Ein viel versprechender Verfassungsentwurf, basierend auf einem System von „checks and balances“, war geschaffen worden. Nun wurden mit der neuen Verfassung dem koreanischen Volk demokratische Rechte und Freiheiten garantiert.

Trotz der freiheitlichen Verfassungsordnung zeigte das parlamentarische System der Zweiten Republik bereits früh Symptome des Scheiterns, als mehrere Fraktionen und parteilose Gruppen wechselnde und unkalkulierbare Mehrheiten bildeten.¹⁴³ Die Institutionalisierung von partizipationsfördernden politischen Prozeduren stieß wegen der Parteizersplitterung auf erhebliche Schwierigkeiten. Dadurch war die Bildung sicherer und regierungsfähiger Mehrheiten nicht länger möglich. Dies führte unausweichlich zu partei- und machtpolitischen Auseinandersetzungen. Aufgrund der parteipolitischen Unfähigkeit wurde jedes strittige politische Thema auf der Straße ausgetragen. Die Studenten und Arbeiter nutzten ihre verfassungsrechtlich garantierte Freiheit zu häufigen Demonstrationen, an der auch viele andere Interessengruppen teilnahmen. Schätzungsweise 2.000 Demonstrationen mit insgesamt über 900.000 Teilnehmern fanden in den neun Monaten des Bestehens der Zweiten Republik statt.¹⁴⁴ Diese verbreiteten politischen

¹⁴¹ Vgl. Lee, H.-Y. 1990: 23.

¹⁴² Nach der Verfassung von 1960, Art. 71, Abs. 2 ist eine Ablösung des Parlaments nur nach einem Misstrauensvotum desselben möglich oder aber, wenn das Parlament das Staatsbudget nicht in der rechtlich gesetzten Frist verabschiedet hat.

¹⁴³ Vgl. Dege 1978: 270.

¹⁴⁴ Vgl. Henderson 1968: 179.

Turbulenzen boten dem Militär eine günstige Gelegenheit, als neue Machthaber zu agieren. Am 16. Mai 1960 führte das Militär unter der Führung Park Chung-Hees einen Militärputsch durch und stürzte die demokratische Chang-Regierung. Damit wurden die demokratischen Versuche der Zweiten Republik nach nur wenigen Monaten beendet.

Für den Untergang der Zweiten Republik macht Gregory Henderson die unreflektierte Anwendung demokratischer Ordnungsprinzipien ohne Berücksichtigung der besonderen politisch-gesellschaftlichen Gegebenheiten Südkoreas sowie eine mangelnde bzw. fehlerhafte Führung verantwortlich:

„The new government’s dilemmas lay, in the author’s view, primarily, with the impact of the democratic system on Korea’s particular political-social dynamic, secondarily only with faults of leadership. Its weakness during the Democratic regime is often ascribed to the quality of the leadership of Premier Chang Myun and his followers. Dr. Chang was a man without dictatorial instincts who believed in proceeding with caution and much consultation and felt deeply the nature of the democratic trust that had been laid on him. He lacked political genius and boldness but was conscientious, hard-working and intelligent. His cabinet, although far too often reshuffled and overworked, was essentially the most able the country had had. Many excellent programs and changes were instituted, and individual mistakes were relatively minor in scale. The feeling of lack of leadership that certainly communicated itself strongly to the Korean public was, to a considerable extent, the derivative of the particular forms of democracy on which the country had, after the student revolution, decided.”¹⁴⁵

Andere Ursachen für den Fall der Chang-Regierung beruhten, so Han Sung-Ju, auf den ideologischen und sozialen Differenzen im Land und der daraus folgenden unzureichenden Legitimationsbeschaffung des Regimes. Die ideologischen und sozialen „cleavages“ (Konfliktlinien) äußerten sich somit folgendermaßen:

“Two sets of conflicts stood out during this period: the social and ideological polarization between the conservative and radical political groups and that between the pro- and anti-Syngman Rhee groups. First, the Chang Myun Government, with its indecisiveness and inconsistency regarding punishment of former leaders of the Rhee regime, alienated itself from both the supporters and opponents of the Rhee regime. Second, given the acuteness of the conflict between the anti-Communists and the radical groups within the country, any government committed to political toleration ultimately would have fallen victim to one of these conflicting groups.”¹⁴⁶

¹⁴⁵ Ebd., S. 177.

¹⁴⁶ Han, S.-J. 1989: 270.

Weitere Gründe für das Versagen und die Kurzlebigkeit der Zweiten Republik sind zum einen in der politischen Heterogenität der Regierungspartei DP zu suchen. Zwar war nun eine politische Mitte vorhanden, die das parlamentarische System unterstützte, aber die Uneinigkeit in Regierungsfragen und die Fraktionierung der Partei in verschiedene Interessensgruppen ohne einigendes ideologisches Band machte die parlamentarische Arbeit unmöglich. Gegründet als oppositionelles Sammelbecken gegen das Rhee-Regime, wurden nach dem Wahlsieg der Partei die politischen und ideologischen Unterschiede rasch offenkundig. Innerparteilich formierten sich zwei etwa gleich starke Flügel. Führer des Alten Flügels war der neu gewählte Staatspräsident Yun. Den Neuen Flügel vertrat Chang Myon, der am 19. August mit 117 zu 107 Stimmen bei einer Enthaltung zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Der Alte Flügel bildete Ende August eine eigene Fraktion und reorganisierte sich im November 1960. Durch das Auseinanderbrechen der DP war Changs Regierung zeitweilig ohne Mehrheit.¹⁴⁷

Zum anderen gab es eine weitere Problematik, die die Zweite Republik nicht bewältigen konnte. Die dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Land führte dazu, dass sich die Diskrepanz zwischen den politischen Absichten und den tatsächlich realisierbaren Möglichkeiten immer weiter vergrößerte. So fiel das Wachstum des Bruttosozialproduktes der südkoreanischen Wirtschaft von 7,7 % im Jahre 1957 über 5,2 % (1958) und 3,9 % (1959) auf 1,9 % (1960) zurück.¹⁴⁸ Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 83 US-\$ pro Monat lebte die Mehrheit der Bevölkerung noch 1959 in bitterer Armut.¹⁴⁹ Um diese nahezu unlösbare wirtschaftliche Krise zu bewältigen, beschloss die Regierung eine drastische Kürzung der Militärausgaben. Nicht zuletzt durch diesen Umstand sah sich das südkoreanische Militär zu einer Intervention gezwungen.

¹⁴⁷ Die Regierungspartei DP war eine konservative Partei, die sich nicht sehr von Rhee's LP unterschied. Nachdem sie in der Zweiten Republik die Mehrheit gewonnen hatte, zersplitterte die Partei in zwei Hauptgruppen: Die KDP (Koreanische Demokratische Partei) und die DP (Demokratische Partei).

¹⁴⁸ Vgl. Schwarzacher 1988: 87.

¹⁴⁹ Vgl. Dege 1978: 279.

6. Parks Machtergreifung durch Militärputsch und Beginn der Dritten Republik

Am 16. Mai 1961 organisierte eine Gruppe junger Offiziere unter Führung von General Park Chung-Hee einen Militärputsch. Das Parlament wurde aufgelöst und die Gerichte neu besetzt. Die Putschisten bildeten ein Revolutionskomitee SCNR („Supreme Council for National Reconstruction“), das eine „Revolutionsdeklaration“¹⁵⁰ veröffentlichte.

Der Militärputsch fand in breiten Kreisen der Bevölkerung durchaus Unterstützung, und die Putschisten genossen von Beginn an einen erheblichen Legitimitätsanspruch vor allem wegen ihrer proklamierten Zielsetzung der ökonomischen Entwicklung¹⁵¹: Denn der vorangehenden Zweiten Republik war es weder gelungen, die ökonomisch angespannte Situation zu verbessern, noch die sozialen Missstände zu mildern. Dieses politische Versagen der Zweiten Republik bot für das Militär einen hinreichenden Anlass, in direkter Weise einzugreifen. Die breite Bevölkerung, die über den wirtschaftlichen Niedergang und die politische Handlungsunfähigkeit der demokratischen Regierung verunsichert war, hoffte auch, der Putsch würde eine Art „Tabula rasa“ schaffen, auf der eine effizientere politische Ordnung hergestellt werden könnte.¹⁵² Somit wurden die militärischen Machthaber auch von der

¹⁵⁰ Die sechs Punkte der Revolutionsdeklaration waren: 1. Antikommunismus als zentrales Prinzip der nationalen Politik, 2. Einhaltung der Prinzipien aus der Satzung der Vereinten Nationen, Fortsetzung der Freundschaft mit den USA und der freien Welt, Einhaltung der internationalen Verpflichtungen, 3. Ausrottung der Korruption und Regeneration der nationalen Moral, 4. Wirtschaftliche Reformen mit dem Ziel des Aufbaus eines unabhängigen nationalen Wirtschaftssystems, 5. Maßnahmen zur Wiedervereinigung Koreas, 6. Nach Verwirklichung dieser Maßnahmen Rückgabe der Macht an eine verfassungsgemäße Zivilregierung. Vgl. Luther 1981: 64.

¹⁵¹ “The 1961 military coup brought to power the Park government, for which economic development was of primary importance because the economy’s performance was now a major public issue and economic progress was seen as a means by which the military junta could acquire political legitimacy.” Kuznets 1977: 91.

¹⁵² Als ein wesentlicher Grund für das Eingreifen des Militärs in den politischen Entscheidungs- und Regierungsprozess wird die Inkompetenz der zivilen Regierung genannt, in politischen Auseinandersetzungen die politischen Spielregeln durchzusetzen. Eine Häufung von Demonstrationen, politisch motivierten Attentaten, Uneinigkeit und große Meinungsverschiedenheiten unter den Regierenden führen zu einem erheblichen Legitimationsdruck. Eine solch diffuse politische Regierungssituation gibt dem Militär Anlass und Möglichkeit, mit ihrem Selbstverständnis als effizienterer Macht- und Stabilisierungsfaktor einer Gesellschaft, den Putsch gegen zivile Regierungskräfte zu unternehmen. Vgl. Lee, H.-Y. 1990: 30.

Bevölkerung als „agents of modernization“¹⁵³ zur Erlangung politischer und sozialer Stabilität angesehen. Die Putschisten schienen mit starker Hand ein wirtschaftlich unabhängiges, demokratisches Korea schaffen zu wollen. So wurde der militärische Putsch von großen Teilen der Bevölkerung als notwendig oder gar unausweichlich empfunden. Dies trug zur Herrschaftsstabilisierung des Park-Regimes in den nächsten Jahren bei. Jedoch hatte die Legitimitätszuweisung an die Militärs nur einen kurzfristigen Charakter, da diese als eine Übergangsmaßnahme zur Wiederherstellung der demokratischen Zivilregierung verstanden wurde.

„Military regimes, in contrast, at least those that have their origins in a breakdown of democratic politics, can at most possess a temporary or transitional legitimacy. That is to say, their only justification lies in the necessity of overcoming a performance crisis of civilian government, of resolving an impasse, which the political system has been unable to resolve, so as to make a return to civilian rule on a sounder basis possible. This is the temporary or conditional legitimacy indicated by the Roman concept of dictatorship, meaning the temporary suspension of constitutional rule in an emergency legitimacy so that the conditions could be created for its more secure restoration. Of course, the military find it necessary to stay much longer than they first intended, or at least they convince themselves that they must. But the longer they stay, the more problematic becomes their lack of any source of authority or any popular legitimation, despite all the ‘legitimizations’ they may themselves contrive.“¹⁵⁴

7. Versuch der permanenten Machterhaltung

7.1. Die KCIA und die DRP als Parks Herrschaftsinstrumente

Das mächtigste Herrschaftsinstrument, über das Park verfügte, war der kurz nach dem Putsch von Ex-Oberst Kim Jong-Pil aufgebaute zentrale Nachrichtendienst KCIA („Korean Central Intelligence Agency“). Dieser Geheimdienst diente dem Park-Regime nicht nur als ein repressiver Apparat zur Überwachung der aktuellen und potentiellen Opposition innerhalb und außerhalb des Machtblocks, sondern auch als ein aktiver Staatsagent zur Kontrolle der staatlichen Behörden.¹⁵⁵

„The authoritarian regime of Park Chung Hee employed a set of institutional mechanism to repress the expansion of antigovernment groups. Most of all, the powerful Korean Central Intelligence Agency (KCIA, *Chungangchongbobu*) effectively forestalled and controlled the unrest by student groups or labor unions. Established in June 1961 with Kim Jong Pil as its head, the KCIA was granted powers that went far beyond those of the

¹⁵³ Vgl. Pye 1968: 30.

¹⁵⁴ Beetham 1991: 236.

¹⁵⁵ Vgl. Choi, J.-J. 1989: 184.

American CIA and included domestic as well as international surveillance besides the right to investigate other intelligence agencies. One of the first tasks of the newly formed KCIA was the screening of 41.000 government employees, 1.863 of whom were found to have been involved in corruption and antirevolutionary activities. Within three years, the KCIA had established an extensive network of agents in Korea and abroad. It was this organization that eventually came to symbolize the sophisticated and systematic repression of the Park-era.”¹⁵⁶

Der KCIA war auch an der Mobilisierung und Koordinierung der parteilichen Organisation beteiligt. Er bereitete z.B. im Februar 1963 aktiv die Gründung der DRP („Demokratische Republikanische Partei“) für die bevorstehende Parlamentswahl vor. Das Personal des Parteisekretariats wurde größtenteils vom KCIA ausgewählt und geschult. Viele der Kandidaten für das Parlament wurden ebenfalls von diesem Apparat rekrutiert.

„The KCIA utilized enormous sums, not only to support its candidates, a number of whom came from its organization, but also to infiltrate the opposition parties with agents who disrupted attempts at unity or to induce added opposition candidates to run, thus dividing the vote.”¹⁵⁷

Die zunehmende Bedeutung des KCIA drückt sich auch in der Zahl seiner Mitarbeiter aus. Von 3.000 Mitarbeitern in den Gründungsjahren stieg deren Zahl in drei Jahren auf 370.000 an. Im Zuge der Überwachung, Mobilisierung und Koordinierung wurden die normalen Staatsfunktionen durch diesen Sicherheitsdienst überlagert, der führerbefehlsgebunden und ohne gesetzliche Grundlage lediglich unter Berufung auf die Organisationsgewalt des Regimes arbeitete und so nicht mehr dem Staat als solchem verpflichtet war.

Als weiteres Instrument des Park-Regimes trat die Demokratische Republikanische Partei (DRP) als Regierungspartei auf. Die durch Kim Jong-Pil geschaffene DRP sollte den militärischen Machthabern um Park das gewünschte zivile Image verschaffen, als jene Anfang 1963 gemäß ihres Versprechens auf eine zivile Regierung umsteigen wollten.¹⁵⁸ Die DRP wurde zentralistisch und hierarchisch

¹⁵⁶ Kim, S.-H. 2000: 53-55.

¹⁵⁷ Henderson 1968: 187.

¹⁵⁸ Schon bei der Revolution kündigte Park die Machtübergabe an eine zivile Regierung 1963 an: „Die Militärrevolution bedeutet nicht die Zerstörung der Demokratie in Korea. Sie ist eher eine Möglichkeit, sie zu retten. Sie ist ein chirurgischer Eingriff, der die bösartige politische und soziale Geschwulst beseitigen soll. Die Revolution wurde in der Haltung eines Chirurgen durchgeführt, der

aufgebaut. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wollte Kim Jong-Pil der Partei zunächst einen weitaus mächtigeren und vor allem eigenständigeren Status einräumen. Tatsächlich war die DRP erst einmal nichts anderes als ein Ableger der Liberalen Partei unter Rhee Syng-Man und der Demokratischen Partei unter der Chang-Regierung. Die DRP fungierte als Vollzugsgehilfe des herrschenden Park-Regimes. Sie ermöglichte es dem Park-Regime, seine Ziele effektiv zu implementieren.

7.2. Verfassungsänderung von 1962

Nach dem Militärputsch berief Park im Juni 1962 ein Verfassungskomitee zur Formulierung einer neuen Verfassung ein, die wieder ein starkes Präsidialsystem vorsah. Dieser vom Verfassungskomitee formulierte Entwurf wurde am 17.12.1962 durch eine Volksabstimmung bestätigt¹⁵⁹ und trat am 26.12.1962 in Kraft.¹⁶⁰ Die neue Verfassung sollte die revolutionären Reformen und Erfolge der Militärjunta widerspiegeln. Die wesentliche Neuerung der Verfassung war die Restauration des Präsidialregierungs-systems der Ersten Republik. Die neue Verfassung kehrte damit zur Präsidialverfassung von 1948 zurück. Die Machtbefugnisse des Präsidenten gingen jedoch weit über das seinerzeit von Rhee Syng-Man beanspruchte Maß an präsidialer Macht hinaus.¹⁶¹

„[...] President who would head a restored strong presidential system, including the right to appoint and dismiss the Premier and the cabinet without legislative consent. Also provided for was a weak, unicameral legislative whose seats were reduced from 233 to 175 and whose power to revise basic legislation passed by the SCNR was nil. Article 36-3 forbade independent candidacy for the Assembly, and Article 38 stipulated that a

gelegentlich Schmerzen zufügen muss, um das Leben zu retten und die Gesundheit wieder herzustellen. Nachdem es dem Patienten besser geht, rät ihm der Arzt, zu seiner Erholung nach Hause zu gehen. Aus diesem Grunde haben die revolutionären Truppen sich fest verpflichtet, die Regierungsgewalt an die Zivilen zurückzugeben.“ Park, C.-H. 1964: 217-218.

¹⁵⁹ An der Volksabstimmung nahmen 86 % der Wahlberechtigten teil. Überraschenderweise waren 76 % davon für den Verfassungsentwurf. Vgl. Kindermann 1994: 100.

¹⁶⁰ Vgl. Jang, T.-J. 1984: 48.

¹⁶¹ Der Staatspräsident konnte von nun an eigene Gesetze einbringen und Gesetzentwürfe des Parlaments mit einem Veto verhindern (Art. 49). Darüber hinaus war der Präsident Chef der Exekutive (Art. 63). Vgl. Kim, Jong-Min 1983: 94/ Kleiner 1980: 204. Die vom Militärregime vorgeschlagene Änderung der alten Verfassung fand in einem am 17. Dezember 1962 durchgeführten Referendum die Zustimmung von 78,8 % der abgegebenen Stimmen. Vgl. Henderson 1968: 64-66.

person shall lose his membership in the National Assembly [...] when he leaves or changes his party or when his party is dissolved.”¹⁶²

Durch die neue Verfassung¹⁶³ der Dritten Republik wurde die Stellung des Staatspräsidenten erheblich gestärkt. Er wurde zugleich Staatsoberhaupt und Chef der Exekutive (Art. 63); das Kabinett wurde in seiner Bedeutung zu einem Organ mit Beratungsfunktionen herabgewürdigt (Art. 83 Abs.1); der Premierminister wurde vom Staatspräsidenten ernannt: eine zusätzliche Stärkung von dessen Machtfülle (Art. 84); der Staatspräsident musste von der politischen Partei, der er angehörte, für sein Amt vorgeschlagen werden (Art. 64 Abs. 3); der Staatspräsident musste direkt gewählt werden (Art. 64 Abs. 1) und sollte nur einmal wiedergewählt werden können (Art. 69 Abs. 3); das Parlament erhielt das Recht zugesprochen, gegen den Staatspräsidenten Staatsanklage zu erheben (Art. 61); das Parlament erhielt zudem das Inspektions- (Art. 57) und das Ratifikationsrecht (Art. 56); Notstandsmaßnahmen des Staatspräsidenten bedurften der Bestätigung durch das Parlament (Art. 73); ein Rechnungshof wurde eingeführt, was als Antwort auf die offenkundigen Finanzaffären führender Politiker gewertet werden musste (Art. 92); ein nationaler Sicherheitsrat (Art. 87) und ein Wirtschaftsrat (Art. 118) wurden dem Staatspräsidenten zu seiner Beratung direkt unterstellt.¹⁶⁴

7.3. Präsidenschafts- und Parlamentswahlen von 1963

Gleich nachdem im Februar 1963 unter Führung Kim Jong-Pil die DRP für die bevorstehenden Wahlen ins Leben gerufen wurde, wurde nach der Aufhebung des Verbots parteipolitischer Tätigkeit vom März 1962 von oppositioneller Seite die Volkspolitische Partei (VPP) unter der Führung von Yun Bo-Sun gegründet.¹⁶⁵

Die Ausgangslage für die DRP einerseits und die Oppositionspartei VPP andererseits war nicht gleich zu setzen. Die DRP als Instrument der herrschenden Militärs konnte sich besser als die Opposition auf die bevorstehenden Wahlen

¹⁶² Henderson 1968: 186-187.

¹⁶³ Siehe Anhang 3: Constitution of the Republik of Korea.

¹⁶⁴ Vgl. Reeve 1963: 179-184.

¹⁶⁵ Vgl. Lee, C.-O. 1986: 91.

vorbereiten. Die VPP war zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Lage, eine der DRP entgegenwirkende einheitliche Partei zu formieren, die dem Wähler eine glaubwürdige Alternative geboten hätte. Zudem waren die Finanzierungsmöglichkeiten der Oppositionsparteien ungünstiger, weil das Militärregime die Wahlkampagnen einzelner oppositioneller Kandidaten massiv behinderte.

Bei der Präsidentschaftswahl am 15. Oktober 1963 wurde Park dennoch mit 42,6 % der abgegebenen Stimmen nur sehr knapp vor Yun (41,1 %) zum Präsidenten der Dritten Republik gewählt.¹⁶⁶ ein erstes Zeichen dafür, dass der Legitimitätsanspruch zum Militärregime langsam im Schwinden begriffen war. Im Präsidentschaftswahlkampf waren einige Wesensmerkmale des Park-Regimes offen zutage getreten, die verhinderten, dass die Bevölkerung die parlamentarischen Parteien als legitimierte Institutionen politischer Herrschaft akzeptieren konnte: Die zu deutliche Anbindung der DRP an das regierende Militärregime, die Fraktionalisierung der Parteienstruktur und die regionale Zerrissenheit der Wähler.

Einen Monat später wählte die Bevölkerung das Parlament. Die regierende DRP errang zwar eine absolute Mehrheit der Sitze im Parlament, doch hinsichtlich des Stimmenanteils von gerade einmal 33,5 % besaß sie keinesfalls das mehrheitliche Vertrauen der Wähler.¹⁶⁷ Die DRP konnte aufgrund des sie begünstigenden Wahlsystems des „proportional gerrymandering“ 22 Sitze zu den gewonnenen 88 hinzufügen.¹⁶⁸

¹⁶⁶ Vgl. Luther 1981: 64.

¹⁶⁷ Vgl. Kindermann 1994: 100.

¹⁶⁸ Die DRP gewann insgesamt 32,4 % der Stimmen, erhielt jedoch 110 von 175 Sitzen, da sie durchschnittlich mit 6 Mann in einem Wahlbezirk kandidierte.

Tab. 4: Das Ergebnis der Parlamentswahl vom 26. Nov. 1963

Parteien	Anzahl der Mandate	Prozentanteile an Sitzen im Parlament
DRP	110	62,8 %
Volkspolitische Partei	41	23,4 %
Demokratische Partei	13	7,4 %
Liberaldemokratische Partei	9	5,1 %
Nationspartei	2	1,1 %

Quelle: Shin, M.-S. 1996: 136; Lee, Y.-H. 1996: 21.

7.4. Die oppositionelle Einheitspartei NDP

Nach der Gründung der Dritten Republik (1963-1972) waren die oppositionellen Parteien bemüht, sich zu einer Einheitspartei zusammenzuschließen, um der mit absoluter Mehrheit regierenden DRP entgegenwirken zu können. Diese Bemühungen führten im September 1964, nach der Machtergreifung Parks, zunächst zur Vereinigung der Demokratischen Partei (DP) und der Nationalen Partei (NP) zur gemeinsamen Demokratischen Partei (DP). Park Sun-Chun wurde als deren erster Vorsitzender gewählt. Anschließend erfolgte am 25. November 1964 der Zusammenschluss der PZD (Partei für Zivile Demokratie) und der LP (Liberaldemokratischen Partei) zur PZD (Partei für Zivile Demokratie). Am 3. Mai 1965 vereinigten sich schließlich die beiden Parteien DP und PZD zur Einheitspartei „Volkspartei“ (VP).

Trotz dieses Zusammenschlusses stabilisierte sich die Lage der oppositionellen Parteien keineswegs. In der ersten Wahlperiode der Dritten Republik waren sie durch ständige Fraktionskämpfe, Spaltungen und Wiedervereinigungen gekennzeichnet. Erst im März 1967, knapp zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen, konstituierte sich endlich eine einheitliche

Oppositionspartei, die Neue Demokratische Partei (NDP), die über die ganze Periode der Dritten Republik und darüber hinaus Bestand hatte.

Die NDP war eher ein politisches Sammelbecken als eine vereinigte Partei. Die Partei war wie ein Verein der politischen Bewerber, der entlang der Loyalitätslinien zu den jeweiligen Führern tief, sogar feindselig, gespalten war. Es gab mindestens drei Fraktionen: Anhänger Kim Dae-Jungs, Anhänger Kim Young-Sams, und Anhänger Lee Chul-Sungs. Dies führte zu großen Schwierigkeiten in der Interessenvermittlung. Der Mangel an organisatorischer Kohäsion, die Schwäche in der Interessenaggregation und der Politikformulierung und die starke Fixierung der Fraktionen auf ihre Führer waren die wesentlichen Merkmale der NDP. Dementsprechend war die NDP sehr verwundbar gegenüber Manipulationen und Repressionen seitens des Regimes.

7.5. Wahlen von 1967 und Verfassungsänderung 1969

Anders als im Jahre 1963 erzielte Park bei der Präsidentschaftswahl 1967 einen deutlichen Vorsprung von mehr als 1,1 Millionen Stimmen: Er gewann mit 51,4 % der abgegebenen Stimmen klar gegenüber dem oppositionellen Gegenkandidaten Yun Bo-Sun, der 41,0 % der Wählerstimmen erhielt.¹⁶⁹ Die DRP gewann auch in den nachfolgenden Parlamentswahlen 50,6 % der Stimmen oder 130 von 176 Sitzen, die oppositionelle Einheitspartei NDP 32,7 % oder 44 Sitze.¹⁷⁰ Dadurch hatte die DRP eine sichere Zweidrittel-Mehrheit im Parlament, was die parlamentarische Mehrheit darstellte, die zur Änderung der Verfassung nötig war. Mit diesem Wahlergebnis verfehlte die NDP im Parlament also sogar die Sperrminorität, mittels derer sie geplante Verfassungsänderungen hätte verhindern können.

¹⁶⁹ Bei der Präsidentschaftswahl 1963 erhielt Park Chung-Hee dagegen 42,6 % der Stimmen. Siehe Kap. IV, Abs. 7.3 dieser Arbeit.

¹⁷⁰ Vgl. Henderson 1968: 188.

Tab. 5: Das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 8. Juni 1967

Parteien	Mandate nach Wahlkreis	Mandate nach Landesliste	Gesamt (%)
DRP	102	27	130 (50,6)
NDP	27	17	44 (32,7)
Massenpartei	1	0	2 (2,3)
Total	130	44	176 (85,6)

Quelle: NEC (Hrsg.) 1989: 728-729.

Der Wahlsieg der DRP und das dadurch ermutigte persönliche Machtstreben Park Chung-Hees führten im September 1969 zu einem neuen Versuch, die Verfassung dahingehend zu ändern, eine an sich verfassungswidrige dritte Wiederwahl zu ermöglichen.¹⁷¹ Dieser Versuch löste heftige Studentendemonstrationen und gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei aus. Die Oppositionspartei verbarrikadierte Teile des Parlamentssaales, um die Abstimmung, die für den 14. September 1969 vorgesehen war, letztlich zu verhindern.¹⁷² Trotz des Boykotts von Seiten der Opposition wurde der Verfassungsentwurf mit Hilfe der klaren Mehrheit der DRP im Parlament ohne die Abgeordneten der Opposition verabschiedet. Schließlich wurde die Verfassungsänderung am 17. Oktober 1969 unter Zuhilfenahme von erzwungener Wahlbeteiligung und -manipulation per Volksabstimmung bekräftigt.¹⁷³

¹⁷¹ Die Verfassung gestattete bis dato dem Präsidenten lediglich eine Herrschaftsdauer von zwei Wahlperioden.

¹⁷² Vgl. Kim, J.-M. 1983: 164-165.

¹⁷³ 77,1 % der Wahlberechtigten nahmen an der Abstimmung teil, 65,1 % waren für eine Änderung. Vgl. National Election Commission 1973: 559-566; Kim, C.-S. 1973: 65.

8. Die Vierte Republik unter der „Yushin“- (Erneuerungs-) Verfassung von 1973

Die Durchsetzung seiner unbestreitbar erfolgreichen Wirtschaftspolitik und die gleichzeitige Unterdrückung oppositioneller Kräfte ermöglichte es Park, sich bei den Präsidentschaftswahlen 1967 erneut zu behaupten. Jedoch veranlassten die für ihn nicht zufriedenstellend ausgefallenen Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 1971¹⁷⁴ Park, seinen Anspruch auf permanente Machterhaltung auch verfassungsrechtlich endgültig abzusichern. Ohne Rücksicht auf noch bestehende verfassungsrechtliche Bindungen verhängte Park am 17. Oktober 1972 das Kriegsrecht über das gesamte Land, löste das Parlament auf, verbot alle politischen Aktivitäten, schränkte die Bürgerrechte stark ein und führte eine scharfe Pressezensur ein. Ein von ihm einberufener außerordentlicher Staatsrat

¹⁷⁴ Bei der Präsidentschaftswahl vom 27. April 1971 wurde Park zwar wiederum mit 53,2 % der Stimmen im Amt bestätigt, aber der Oppositionskandidat Dae-Jung Kim erzielte bedrohliche 45,3 % der gültigen Stimmen. Überdies brachten die Wahlen zum Parlament am 25. Mai 1971 der oppositionellen NDP ein gutes Ergebnis: Sie errang 89 der 204 Sitze. Dies entspricht einem Stimmenzuwachs von 33 % im Jahre 1967 auf 44 %. Die DRP, die im neuen Parlament über 113 Sitze verfügte, hatte nur noch eine einfache Mehrheit (55,4 %) und nicht mehr eine sichere Zweidrittelmehrheit wie 1967 (73,7 %). Vgl. Yun, H.-S. 1992: 520; National Election Commission 1973: 584.

Tab. 6: Regionales Ergebnis der Präsidentschaftswahl 1971

Regionen	Gesamtstimmen	Park Chung-Hee	Kim Dae-Jung	Differenz
National	12.436.237	6.342.828 (51,2 %)	5.345.900 (43,6 %)	946.928
Nord-Kyongsang	1.833.729	1.258.438 (68,6 %)	379.592 (20,7 %)	878.846
Nord-Kyongsang	1.259.231	891.536 (70,8 %)	312.030 (24,7 %)	579.506
Pusan	709.599	387.135 (54,5 %)	302.999 (42,7 %)	84.136
Youngnam total	3.802.559	2.537.109 (66,7 %)	994.621 (26,2 %)	1.542.448
Nord-Cholla	911.253	308.915 (33,9 %)	535.817 (58,8 %)	-226.902
Süd-Cholla	1.520.485	491.117 (32,3 %)	887.963 (58,4 %)	-396.864
Honam total	2.431.701	800.032 (32,9 %)	1.423.780 (58,6 %)	-623.748

Quelle: Sohn, H.-K. 1989: 31.

entwarf die sogenannte „Yushin-Verfassung“¹⁷⁵, die am 21.11.1972 in einer Volksabstimmung bestätigt und von 91,5 % der Wähler bei einer Wahlbeteiligung von 91,9 % gebilligt wurde. Am 23. Dezember 1972 ließ sich Park von der kurz zuvor geschaffenen „Nationalen Konferenz für Wiedervereinigung (NKfW)“¹⁷⁶ zum Staatspräsidenten der Vierten Republik wählen. Mit der Einführung des Yushin-Systems wurde die politische Macht völlig beim Präsidenten konzentriert.¹⁷⁷ Dieser Zustand dauerte bis zur Ermordung Parks durch seinen Geheimdienstchef Kim Jae-Kyu im Oktober 1979 an.

Mit der Verkündung der „Yushin“-Verfassung im Oktober 1972 endete die Fassade der formal liberalen Demokratie, und der Übergang zur personalisierten Herrschaft Parks fand statt. Die Yushin-Verfassung schuf Parks Vorstellungen und Ambitionen gemäß die Grundlage für ein autoritär geführtes Regime.¹⁷⁸ Sie verschaffte dem Machthaber das Recht, permanent sogenannte Notmaßnahmen zu ergreifen, die auch die Rechtfertigung für das Außerkraftsetzen von Grundrechten und schließlich für die Zerschlagung der Parteien und Gewerkschaften lieferten.¹⁷⁹ Dies ermöglichte die Konzentration der politischen Macht in den Händen des Präsidenten und

¹⁷⁵ Yushin = korean. für Revitalisierung bzw. Wiederbelebung. D.h. die Wiedererrichtung eines traditionell-autoritären Staatssystems.

¹⁷⁶ Die „Nationale Konferenz für Wiedervereinigung“ war eine der merkwürdigsten Institutionen der Yushin-Verfassung von 1972. Sie bestand aus zwei- bis fünftausend Mitgliedern, deren genaue Zahl ein Gesetz festlegte (Art. 36, Abs. 2) und die auf sechs Jahre vom Volk gewählt wurde (Art. 37, Abs. 4). Ihre Mitglieder durften keiner Partei angehören (Art. 37, Abs. 33). Der Nationalen Konferenz wurde die Kompetenz zugewiesen, den Staatspräsident mit der absoluten Mehrheit aller Mitglieder zu wählen (Art. 39), sowie ein Drittel der Parlamentsmitglieder auf Vorschlag des Staatspräsidenten bei Anwesenheit von mehr als Hälfte der Mitglieder zu wählen (Art. 40). Die Konferenz hatte auch die Befugnis, den Entwurf einer Verfassungsänderung, den das Parlament eingebracht und beschlossen hatte, abschließend zu billigen und festzulegen (Art. 41). Die Nationale Konferenz wurde als ein Organ bezeichnet, das zur Förderung der friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes nach dem Willen des ganzen Volkes konstituiert wurde (Art. 35). Sie diente jedoch unter dem starken Einfluss des Staatspräsidenten – und unter Ausschluss der (oppositionellen) politischen Parteien – nur der Legitimierung der Diktatur. Siehe Yushin-Verfassung, in: www.ccourt.go.kr/library/docu_material.asp.

¹⁷⁷ Vgl. Mun, H.-J. 1965: 26.

¹⁷⁸ Park bemerkte 1971 zum Yushin-System: „Das Yushin-System ist weder nachahmendes noch abhängiges, sondern ein kreatives und unabhängiges System. Wir müssen den Standpunkt der abhängigen Verhältnisse von stärkeren Nationen zur Kooperation und -existenz mit anderen Nationen verändern. Wir müssen unsere eigenen Probleme selber lösen, um von anderen Nationen nicht abhängig zu sein. Mit Hilfe dieses Systems können wir dann das Selbstvertrauen und Unabhängigkeit etablieren.“ Das präsidentiale Sekretariat (1973 b): 22.

¹⁷⁹ Kim, U.-T. 1981: 296.

transformierte das politische System endgültig zum repressivsten autoritären Regime in der modernen Geschichte Südkoreas.

Der Staatspräsident besaß neben seinem Vetorecht gegen die vom Parlament gebilligten Gesetze (Art. 88 Abs. 2-4) ein Initiativrecht für Gesetzesvorlagen (Art. 87). Außerdem wurde dem Präsidenten das faktisch unbegrenzte Notverordnungsrecht zugewiesen, wodurch die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Parlaments beträchtlich eingeschränkt wurde (Art. 103, Art. 54).¹⁸⁰ Die richterliche Unabhängigkeit wurde durch das Ernennungsrecht des Staatspräsidenten – nicht nur zur Ernennung des Präsidenten des obersten Gerichtshofes (Art. 103 Abs. 1), sondern auch zur Ernennung anderer Richter (Art. 103 Abs. 2) – erheblich beeinträchtigt.¹⁸¹ Der Staatspräsident verfügte somit von nun an über fast jede politische Handlungsvollmacht, die seine Führungsposition sicherte. So war selbst der letzte Schein einer demokratischen Entscheidungsfindung innerhalb politischer Gremien faktisch beseitigt.

Die Herrschaft Parks in der Vierten Republik (1972-1979) war also insbesondere dadurch gekennzeichnet, dass die rechtsstaatliche Fassade der Republik weitgehend fallen gelassen wurde. Dem Staatspräsidenten wurde uneingeschränkt gesetzgebende Gewalt eingeräumt. Die neue Verfassung gab dem Präsidenten die verfassungsmäßige Handhabe, jederzeit das bestehende Parlament aufzulösen. Dies war ein ideales Mittel, eine parlamentarische Opposition bereits im Keim zu ersticken, die mit der Politik der Regierung einmal in Konflikt zu geraten drohte. Zudem wurde ein Drittel der Parlamentsmitglieder direkt vom Staatspräsidenten ernannt. Neu geregelt wurde auch die Amtszeit des Präsidenten. Statt wie bisher für vier sollte er nun ein Mandat für sechs Jahre erhalten. Die Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten auf bisher drei Amtsperioden wurde aufgehoben, was die

¹⁸⁰ Der Präzidentialismus, der schon in früheren südkoreanischen Verfassungen festgeschrieben wurde, wird in dieser Yushin-Verfassung noch verstärkt. Sie hat im Laufe der 18 Jahre des Park-Regimes die maßlose Machtausübung des Präsidenten, eine klare Unterordnung des Parlaments sowie dessen Wirkungslosigkeit und Ineffizienz in den Funktionen der Gesetzgebung, der politischen Kontrolle und Repräsentation mit sich gebracht. In der neuen Yushin-Verfassung werden dem Präsidenten neue Rechte zugesprochen, die früher dem Kongress zustanden, z.B. die Ernennung verschiedener Funktionäre und die Verabschiedung außerordentlicher Notstandsgesetze und Dekrete.

¹⁸¹ Siehe Yushin-Verfassung, in: www.ccourt.go.kr/library/docu_material.asp.

Möglichkeit der lebenslangen Präsidentschaft bedeutete.¹⁸² Damit wurden die formal demokratischen Institutionen praktisch abgeschafft und auch die entscheidenden Grundsätze der Legalität und eines allerletzten Minimumstandards des Menschenrechtsschutzes preisgegeben.

¹⁸² Vgl. Ahn, B.-M. 1989: 310-311.